

EU-Kommission enthüllt mehr als geplant

Brüssel. Die EU erhöht den Druck auf Pharmaunternehmen, sicherzustellen, dass Impfstoffe so schnell wie möglich abgegeben werden. Am Freitag veröffentlichte die EU-Kommission ihre Rahmenvereinbarung mit dem britisch-schwedischen Pharmaunternehmen Astrazeneca. Laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen macht das Dokument „glasklar“, dass Astrazeneca verpflichtet ist, bestimmte Mengen und Liefertermine zu liefern. Mit der Veröffentlichung des Vertrages wird der Streit mit Astrazeneca jedoch nicht beigelegt. Es ist wahrscheinlich, dass Wochen, wenn nicht Monate vergehen, bevor das Medikament in der EU in großem Umfang geimpft werden kann. Theoretisch könnte der Streit vor Gericht enden, aber das würde die Anzahl der Impfstoffdosen nicht erhöhen, gab …



News

Brüssel. Die EU erhöht den Druck auf Pharmaunternehmen, sicherzustellen, dass Impfstoffe so schnell wie möglich abgegeben werden. Am Freitag veröffentlichte die EU-

Kommission ihre Rahmenvereinbarung mit dem britisch-schwedischen Pharmaunternehmen Astrazeneca. Laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen macht das Dokument „glasklar“, dass Astrazeneca verpflichtet ist, bestimmte Mengen und Liefertermine zu liefern.

Mit der Veröffentlichung des Vertrages wird der Streit mit Astrazeneca jedoch nicht beigelegt. Es ist wahrscheinlich, dass Wochen, wenn nicht Monate vergehen, bevor das Medikament in der EU in großem Umfang geimpft werden kann. Theoretisch könnte der Streit vor Gericht enden, aber das würde die Anzahl der Impfstoffdosen nicht erhöhen, gab die Kommission am Freitag zu.

Vor einer Woche gab das Unternehmen überraschenderweise bekannt, dass es im ersten Quartal des Jahres nur 31 Millionen Dosen anstelle von 80 Millionen Impfstoffdosen an die EU liefern könne. Als Grund nannte Astrazeneca Produktionsprobleme in einem belgischen Werk.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Die EU hat mit Astrazeneca ein Rahmenabkommen über insgesamt 400 Millionen Dosen unterzeichnet. Damit das Produkt sofort nach seiner Zulassung ausgeliefert werden kann, hat die EU dem Unternehmen 336 Millionen Euro zugesagt, um die Produktion zu beschleunigen.

Der Gesamtwert des Astrazeneca-Deals beträgt 870 Millionen Euro

Trotz der Veröffentlichung des Vertrags bleiben viele Fragen offen. Weil auf Wunsch von Astrazeneca wichtige Passagen

geschwärzt worden seien, sagte die Kommission. Der genaue Lieferplan ist noch nicht bekannt. Aufgrund eines technischen Defekts beim Senden des Dokuments wurden einige interessante Informationen veröffentlicht. Der Gesamtwert des Deals beläuft sich laut „Spiegel“ auf 870 Millionen Euro. Dies gilt daher für alle direkten und indirekten Kosten, die Astrazeneca in der Produktion entstehen. Das Unternehmen muss die EU-Kommission informieren, wenn die Kosten den Wert der Waren übersteigen. Bei einer Steigerung von 20 Prozent oder mehr wären Nachweise erforderlich.

Der Vertrag enthält auch eine bisher nicht genutzte Option, nach der 100 Millionen weitere Impfstoffdosen bestellt werden könnten. Sollte die EU davon Gebrauch machen, müsste Astrazeneca es bis zum 1. Juli 2021 liefern.

Mit der Veröffentlichung des Dokuments versuchte die EU, die Befugnis zur Auslegung des Streits wiederzugewinnen. Der Behörde wurde vorgeworfen, zu schlecht verhandelt zu haben. Am Freitagmorgen erklärte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), die operative Verantwortung für die Bestellung von Impfstoffen liege in Brüssel.

In einem Clinch mit den vereinbarten Impfstoffmengen und Lieferzeiten

Der Vertrag sieht vor, dass Astrazeneca sein Bestes „nach besten Kräften“ geben wird, um die vereinbarten Impfstoffmengen pünktlich zu liefern. CEO Pascal Soriot sagte, die Produktionsprobleme hätten dies verhindert.

Kommissionspräsident von der Leyen erklärte dagegen, dass die Formulierung gültig sei, solange nicht klar sei, ob Astrazeneca überhaupt einen Impfstoff entwickeln könne. „Diese Zeit liegt jetzt hinter uns. Der Impfstoff ist da“, sagte von der Leyen.

Astrazeneca-Chef Soriot sagte auch, dass Großbritannien, das

ebenfalls mit dem Impfstoff versorgt wird, das Medikament früher als die EU bestellt habe. Daher sollte das Vereinigte Königreich den vereinbarten Betrag früher erhalten. EU-Kommissionspräsident von der Leyen konterte dieses Argument am Freitag im Deutschlandfunk mit den Worten: „Es ist nicht wie in der Bäckerei, in der Sie in der Schlange stehen, es gibt einen klaren Vertrag.“

Tatsächlich nennt der Vertrag zwei Astrazeneca-Werke in Großbritannien, von denen aus Lieferungen in die EU erfolgen sollen. EU-Experten sagten, dass dies auch passieren sollte. Weil sich Astrazeneca mit der Unterzeichnung des Vertrages dazu verpflichtet hat.

Astrazeneca - EU stützt sich auf zwei weitere Hebel

Der Druck auf Astrazeneca hat sich möglicherweise bereits ausgewirkt. Der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese sagte am Freitag, ein Vertreter von Astrazeneca habe bestätigt, dass es im Februar nun drei statt einer Lieferung geben werde. Liese gab jedoch keine Mengen an.

Um eine Wiederholung des Streits mit Astrazeneca so weit wie möglich zu vermeiden, will die EU zwei weitere Hebel einsetzen. Die Brüsseler Behörde will ein sogenanntes „Transparenzregister“ einführen. Impfstoffhersteller müssten daher künftige Ausfuhren in Drittländer bei den nationalen Behörden registrieren und genehmigen lassen. Nach Ansicht der EU-Kommission könnte dies im Extremfall auch zu einem Exportverbot für Impfstoffe führen. „Leider handeln nicht alle Pharmaunternehmen transparent“, sagte EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis. Ziel ist es daher, die Unternehmen zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu bewegen.

In der Zwischenzeit hat die EU Exportkontrollen für Koronaimpfstoffe beschlossen, berichtete die Nachrichtenagentur AFP am Freitagnachmittag.

Dementsprechend müssten Pharmaunternehmen ihre Lieferungen in Drittländer vorab registrieren.

EU-Ratspräsident Charles Michel brachte Notfallbestimmungen vor, um die Impfkampagne zu beschleunigen. Beispielsweise könnte die EU Impfstoffe vor ihrer Zulassung an die Mitgliedstaaten verteilen. Es wäre auch möglich, Zwangslizenzen zu erteilen, mit denen Wettbewerber von Herstellern den Impfstoff gegen eine Gebühr herstellen.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de